

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1931

348 (29.7.1931) Abendausgabe

mal die Macht seines Goldes dazu benutzt, um seine politische Vorherrschaft in Europa zu festigen.

Man wird sich die Pariser Finanzverhandlungen vor Augen halten müssen, wenn man die Frage nach dem politischen Ertrag des englischen Besuchs für Deutschland stellt, die noch vollkommen offen bleibt.

Zusammenarbeit sowie dafür ein, daß „die Vergangenheit vergessen wird“, — aber mit den Hoffnungen auf die Zukunft und mit dem Hinweis auf die „Hilfsleistung Frankreichs“ und auf die „Notwendigkeit der Teilnahme anderer Länder“ hat es vorläufig sein Besten.

Das Wort „Frankreich“, das der Reichskanzler in seiner Ansprache am Montag abend ansehnend bewußt vermieden hat, ist damit gefallen. Es ist der Inbegriff der heutigen katastrophalen Krisenverschärfung und zugleich das Stichwort für die Grenze der englisch-französischen Zusammenarbeit.

Aufgaben und Ziele der Zeppelinfahrt in die Arktis.

Von F. Rossmann, Badische Landeswetterwarte.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat am 24. Juli zu seiner ersten Fahrt ins Nordpolargebiet in Friedrichshafen die Leinen losgeworfen. Es handelt sich dabei nicht um einen Vorstoß ins „Herz der Arktis“, in das eigentliche nordpolare Tiefseebecken, sondern wesentlich nur um einen Flug über das kontinentale Schelfmeer, das in etwa 750 Km. Breite und 200 Meter Tiefe die nordrussische und sibirische Küste umfließt.



Eine typische Aufnahme aus dem Gebiet des Kaiser-Franz-Joseph-Land im Nördlichen Eismeer, das auf dem Weg des „Graf Zeppelin“ liegt.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat am 24. Juli zu seiner ersten Fahrt ins Nordpolargebiet in Friedrichshafen die Leinen losgeworfen. Es handelt sich dabei nicht um einen Vorstoß ins „Herz der Arktis“, in das eigentliche nordpolare Tiefseebecken, sondern wesentlich nur um einen Flug über das kontinentale Schelfmeer, das in etwa 750 Km. Breite und 200 Meter Tiefe die nordrussische und sibirische Küste umfließt.

laufend aufzeichnend, einen sogenannten Meteorographen. Aber oberhalb des Luftschiffs, wie erfährt man da etwas? Nimmt man, wie etwa an der Karlsruher Landeswetterwarte, ebenfalls einen Meteorographen, befestigt ihn unten an einem großen Gummiballon und läßt ihn fliegen — dann auf Nummerwiedersehen, denn dort gibt es niemanden, der den Geplaten und zur Erde zurückbringt.

Was ist nun also die Hauptaufgabe dieser Expedition? Es ist die Lösung der Fragen, die man für weiter ausgeübte Polarflüge braucht, hauptsächlich also Untersuchungen meteorologischer Art. Inwieweit sollen zunächst Erfahrungen über Fahrtechnik, Navigation, Land- und Aufstiegsmanöver, Verhalten der Motoren, kurz der gesamten Schiffsführung in diesen Gegenden gewonnen werden.

Ballon samt dem Instrument findet und dem Eigentümer zurückstellt, wie unsere weiterstreckte Landbevölkerung. Fesselung an Leinen ist auch nicht möglich, wenn diese Höhen erreicht werden sollen. Da hat einer der Teilnehmer der Fahrt, Professor Molchanoff, den Meteorographen so konstruiert, daß seine Zeiger für Temperatur, Feuchtigkeit und Luftdruck von einem weiteren, sich gleichförmig im Kreise drehenden Zeiger in ihrer jeweiligen Stellung abgelesen werden. Bei jeder Leitberührung dieses und eines der andern Zeiger wird ein elektrischer Stromkreis geschlossen, der einen kleinen Radiolender betätigt, jedoch ein Zeichen ausgelastet wird, das der Luftschiffempfänger aufnimmt. Aus den Zeitabständen, mit denen die Zeichen ankommen, kann auf die Stellung der Zeiger und damit auf die Werte der betreffenden Wetterelemente geschlossen werden.

„Graf Zeppelin“ über Nikolaus-Land?

m. Berlin, 29. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat am Montag abend nach einer kurzen Zwischenlandung in der Bucht der Hooper-Inseln am Franz-Josephs-Land die Forschungsreise in der Arktis fortgesetzt, doch sind Berichte über den Fortschritt dieser Reise bisher nicht in die Außenwelt gedrungen. Auch der Eisbrecher „Malajin“, der als Zwischenstation dienen sollte, hat bisher keine weitere Nachricht über den Flug erhalten. Nur einmal wurde die Bordstation des Luftschiffes schwach gehört, als sie mit dem Dampfer „Reliute“ von der Spag, der sich auf einer Nordlandreise befindet und zurzeit 410 Meilen südlich von Svalbard ist, Verbindung aufnehmen wollte. Meldungen sind aber auch über diese Route nicht durchgekommen.

Es soll hier nur kurz über die meteorologischen Forschungsaufgaben und die Art ihrer Durchführung gesprochen werden. Wichtig ist für ein Luftschiff fast ebenso sehr wie die horizontale Aufeinanderfolge der Gebiete mit gutem und schlechtem Wetter der vertikale Aufbau der Atmosphäre nach Temperatur, Feuchtigkeit, Windrichtung und -stärke, sowie Wolken- und Sichtverhältnisse. Daher hat auch die Kenntnis dieser dritten Dimension der Wetterverhältnisse — die Wetterkarte gibt unmittelbar nur die beiden andern an der Erdoberfläche wieder, woraus man freilich auf einige Verhältnisse in der Höhe zu schließen gelernt hat — es hat sich diese Kenntnis in steter Wechselwirkung mit der Beobachtung des Lufttraumes durch Verkehrsmittel vertieft und erweitert. Sie ist also wie diese erst ein Kind unseres Jahrhunderts, und steht vielleicht noch mehr in den Kinderjahren.

Es ist das erste Mal, daß ein Luftfahrzeug in ganz umfassender Weise in den Dienst neuerer Wissenschaft und zwar eben jenes Zweiges von der dritten Dimension, der Aerologie, gestellt wird. Die praktische Luftfahrt und die in erster Linie auf Erkenntnis gerichtete Aerologie wirken hier so innig zusammen, weil beide in den Polarregionen große Schwierigkeiten zu überwinden haben und sich darin gegenseitig unterstützen können. Das geschieht durch in kurzen Abständen ständig wiederholte Messungen im gesamten Luftraum unterhalb des Luftschiffs, um das Schiff herum und sogar über diesem bis in Schichten von über 20 Kilometern Höhe hinauf. Die meteorologischen Elemente der Schicht, in der die Fahrt verläuft, sind einfach zu bestimmen durch direkte Ableitung von an geeigneter Stelle außerhalb angebrachten Instrumenten, der Luftraum unterhalb ist ebenfalls leicht zugänglich durch ein Lot an einem Stahlseil, das beliebig oft ausgelassen und eingeholt werden kann. Als Lotkörper nimmt man einen Apparat, der während des Lotens die gewünschten Wetterelemente, Temperatur, Feuchtigkeit und Luftdruck

Wenn die Schiffsleitung der ursprünglich geplanten Reiseorte gefolgt ist, müßte das Luftschiff jetzt wohl die Insel Rameses-Nordland — auch Nikolaus-Land oder Sewernaja Semlja genannt — erreicht haben. Jedenfalls war beabsichtigt, dieses Gebiet über die Wiese-Insel anzufeuern. Daß bisher von dieser Flugstrecke keine Berichte vorliegen, braucht nicht zu beunruhigen. Die früheren Arktis-Expeditionen her war schon bekannt, daß die Radioverbindungen in dieser Region nicht normal sind, sondern Störungen bisher unerforschter Natur unterliegen. In der Arktis sind mehrere „Zonen des Schweigens“ bekannt, und es ist durchaus anzunehmen, daß „Graf Zeppelin“ auf seiner Reise noch einige weitere Zonen dieser Art finden wird. Daß es sich um eine solche Zone auch diesmal handelt, geht schon aus der Tatsache hervor, daß selbst der ganz in der Nähe des Luftschiffes befindliche Eisbrecher „Malajin“ keine Verbindung mit dem deutschen Luftschiff bekommen kann, während er mit dem ziemlich weiter entfernten europäischen Stationen sich störungslos unterhalten kann.

Kindersley wieder in London. Meinungsverschiedenheiten zwischen Norman und Snowden.

H. London, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht der „Badischen Presse“.) Sir Robert Kindersley ist aus Paris zurückgekehrt, wo er, wie mehrfach berichtet, namens der Bank von England eingehende Verhandlungen mit der Bank von Frankreich pflog. Diese Ansprache hat nach allem, was jetzt durchsickert, im engsten Zusammenhang mit der deutschen Krise und vor allem mit den englischen Interessen, die hier mit im Spiele sind, gestanden. Es hat nicht den Anschein, daß Blumen bestimmter Art in endgültiger Form abgeschlossen wurden. Dagegen scheint die Bank von Frankreich sich bereit erklärt zu haben, britische Wechsel bis zum Gesamtbetrag von 20 Millionen Pfund zu diskontieren, und zwar in Zusammenarbeit mit einem Konsortium der führenden französischen Häuser, die die Hälfte des Betrages übernehmen würden. Einmal hofft man, die Sierlingkurs über dem Goldpunkt zu halten, andererseits aber hofft man, die Londoner Häuser im Notfalle zu stützen, die durch Festlegung ihrer Gelder in Deutschland in Mitleidenschaft gezogen sind. In der City wird Wert darauf gelegt, daß es sich hierbei nicht um einen Kredit im wahren Sinne des Wortes, sondern lediglich um eine Verbrieflichung einer Summe handelt, die vielleicht gar nicht in Anspruch genommen zu werden braucht.

Sir Robert Kindersley legt den Plan zunächst der Bank von England und dem britischen Schatzamt vor. Zwischen Snowden und Montag Norman sollen insofern gewisse Meinungsverschiedenheiten bestehen, als der Schatzkanzler nicht der Ansicht ist, daß die Bank von England irgend einer Hilfe von außen bedarf. Die Verhandlungen in Paris haben im Augenblick eine günstige Wirkung auf den Devisenmarkt ausgeübt. Die Goldabflüsse nach Frankreich haben aufgehört, da der Sterling auf dem Goldpunkt beharrt. Dagegen hat die Bank von England auch gestern einen Nettoverlust an Gold im Betrage von einer Million Pfund Sterling zu verzeichnen gehabt, der auf holländische Rechnung erfolgte. Mit der Möglichkeit einer neuerlichen Herausforderung des Londoner Discontofusses am kommenden Donnerstag wird gerechnet, falls nicht baldigst eine gänzliche Beruhigung eintritt. Die Vertimmung zwischen der englischen und französischen Presse dauert vielfach an. Der „Daily Herald“ schreibt in einem sehr scharfen Leitartikel, daß die in Paris aufgetauchten Gerüchte über einen französischen Kredit an die Bank von England lediglich in den Rahmen einer bewußten Propaganda zur Unterminierung des internationalen Vertrauens auf die Finanzkraft der Londoner City gehöre.

Der tschechische und der italienische Standpunkt in der Frage der Zollunion.

* Haag, 28. Juli. (Kunstsprach.) Der ständige Internationale Gerichtshof hörte am Dienstag zunächst den früheren tschechoslowakischen Unterrichtsminister Professor Dr. Krizsmaritz, der den Standpunkt der tschechoslowakischen Regierung zu dem deutsch-tschechischen Zollabkommen auseinandersetzte. Professor Krizsmaritz schloß sich dabei im allgemeinen dem französischen Standpunkt an, wobei er wie Paul Boncour auf die von Deutschland in Artikel 80 und 434 des Versailler Vertrages übernommenen Verpflichtungen Bezug nahm. Die tschechoslowakische Regierung sei der Ansicht, daß das Zollabkommen im natürlichen Verlauf der Ereignisse einen bedeutenden Faktor bei der Vorbereitung der politischen Einheit der beiden Länder spiele und somit durch die Zollunion die Unabhängigkeit Oesterreichs gefährdet werde. In der Nachmittags-Sitzung kam auch noch der italienische Vertreter Piloti zu Wort, der u. a. feststellte, kein Staat könne behaupten, daß er vollkommen frei sei, wenn er vertraglich verpflichtet sei, systematisch den Interessen eines anderen Staates Rechnung zu tragen. Wenn ein Staat sich verpflichte, die Aufgaben seiner Organe den Interessen eines Dritten unterzuordnen, dann sei er nur formell unabhängig. Der italienische Vertreter wird seine Ausführungen am Mittwoch fortsetzen.

Die Finanzlage der Städte.

II. Berlin, 28. Juli. Der engere Vorstand des Deutschen und des Preussischen Städteverbandes beriet am 28. Juli in Berlin erneut die Finanzlage der Städte und der öffentlichen Kreditinstitute. Bekanntlich war es den Städten im Wege rigoroser Ausgabenreduktion gelungen, den ordentlichen Haushalt für 1931 in Einklang mit den Ausgaben auszugleichen bis auf die für Folgejahre trotz gelegentlicher konjunktureller Verbesserungen des Arbeitsmarktes andauernd in betragsmäßig beträchtlicher Höhe gestiegenen ist. Eine Befreiung von diesen Lasten, die den Gemeinden in dieser Größenordnung nicht zugemutet werden können und auf die der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden nicht zugeschnitten ist, war von maßgebender Stelle in Aussicht genommen, sobald die im Juni begonnenen außerpolitischen Verhandlungen eine Erleichterung der Finanzlage des Reiches gebracht hätten.

Der Zusammenbruch in der Bankwirtschaft und die Vertrauenskrise im Ausland und im Inland vernichteten diese Hoffnungen und stellten die Gemeinden und die öffentlichen Kreditinstitute vor neue und schwerere Aufgaben. Im Vordergrund stand und steht die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Gemeinden und ihrer Sparkassen. Der engere Vorstand des Städteverbandes empfahl der Reichsregierung eine Reihe von Maßnahmen, die diese Zahlungsfähigkeit sichern können und die Wiederherstellung des Zahlungsverkehrs bei den Sparkassen und Landesbanken vorbereiten sollen. Diese Frage ist deswegen besonders wichtig, weil von der Zahlungsfähigkeit der Gemeinden weitestgehend nur der Beamten, Angestellten und Arbeiter, sondern auch des gewerblichen Mittelstandes, des Handels und der Industrie abhängen. Die deutschen Sparkassen sind gesund. Ihr Kapital ist in sicheren Werten angelegt und wird von den Gemeinden und Gemeindeverbänden mit deren gesamtem Vermögen garantiert. Die Schwierigkeiten bei den Sparkassen sind ausschließlich auf die Zahlungsmittelknappheit zurückzuführen. Der engere Vorstand sprach in seinen Verhandlungen, denen sich ein Besuch des Präsidenten Dr. Mülert und der Oberbürgermeister Dr. Sahm-Berlin und Dr. Kütz-Dresden bei dem stellvertretenden Reichswirtschaftsminister Trenkelburg angeschlossen, die bestimmte Erwartung aus, daß von Reichsregierung und Reichsbank die Kreditinstitute der öffentlichen Wirtschaft in gleicher Weise behandelt werden wie die privaten Banken. Schließlich wurde beschlossen, die Vorarbeiten für eine endgültige Sanierung der durch die Krise besonders schwer betroffenen kommunalen Finanzen so zu fördern, daß eine Verabsicherung dieser Maßnahmen bereits in der nächsten Sitzung des Vorstandes erfolgen kann.

Schweres Seebeben im Karibischen Meer?

Newport, 28. Juli. (Kunstsprach.) Die Seismographen der Erdbebenwarte der Universität Fordham zeigten am Montag abend zwei starke Erdbeben in einer Entfernung von etwa 2700 Km. von Newport an. Man nimmt an, daß es sich um Seebeben im Karibischen Meer handelt.

Unterzahlungen bei der Bestallungsstelle Köln

II. Köln, 29. Juli. (Kunstsprach.) Bei der städtischen Bestallungsstelle wurden bei einer unerwarteten Revision große Unterzahlungen aufgedeckt. Ein 34-jähriger Angestellter, der seit längeren Jahren in städtischen Diensten steht, hat im Laufe der letzten Jahre nach und nach Geldbeträge unterschlagen, die sich auf weit über 100 000 Mark belaufen sollen. Der angesehene Beamte wurde am Dienstag von der Kriminalpolizei verhaftet und ins Gefängnis Klingelpütz eingeliefert. Es steht noch nicht fest, ob noch andere Beamte und Angestellte in die betrügerischen Machenschaften verwickelt sind.

Staat in Not!

Europäische Währungs- und Wirtschaftskrisen in der Vergangenheit / Von Dr. Paul Rügen.

„Kipper und Wipper“.

Eine moderne Inflation wird dadurch hervorgerufen, daß in unbeschränkter Menge und ohne auf die Deckungsmöglichkeiten zu achten, Papiergeld in den Wirtschaftskörper gepumpt wird. Theoretisch ließe sich natürlich das gleiche Ergebnis durch eine Verschlechterung des gemünzten Geldes erzielen, wenn dieses System auch in unseren Zeiten schon keine Aussicht auf Anwendung hat, weil der wesentliche Teil des Geldverkehrs sich nicht mehr unter Inanspruchnahme von gemünztem Geld abspielt. Im 17. Jahrhundert aber war das anders. Damals beschränkte sich der Geldverkehr fast ausschließlich auf gemünzte Edelmetalle, nur in seltenen Fällen und

große Summen nur noch aus Werthänden bekommen, und wie sollte man zurückzahlen? So verlegte man sich schließlich auf die Wechselreiterei, deren erstes Beispiel also hier gegeben wurde. Die Lübecker Kaufleute bürgten gegenseitig, alle waren untereinander verschuldet, und der Zusammenbruch des ersten Hauses rief alle anderen mit sich in die Tiefe. Selbstverständlich blieb diese Anzahl von Bankrotten nicht auf Lübeck beschränkt, auch die Geldgeber wurden in Mitleidenschaft gezogen, und durch halb Deutschland, ja, durch halb Europa hat man das Ende dieses Rattenkönigs von Betrügern und unglücklichen Spekulationen gespürt. Lange Zeit hat es gedauert, bis Lübeck sich von diesem Schlag erholt, erst die Ordnung des allgemeinen Münzwesens, von der oben die Rede war, hat das ermöglicht.

Die holländische Tulpenkrise.

Keines Spekulantentum feierte im ersten Drittel dieses Jahrhunderts in Holland seine Orgien. Hundert Jahre vorher hatte man aus dem Orient die Tulpe eingeführt, und lange Zeit blieb sie eine neue Blume unter anderen. Bis das Spekulantentum sich ihrer bemächtigte. Auf einmal sah man in Holland richtige Tulpenbörsen,

man begann, in Tulpen zu spekulieren, man bewertete einzelne Sorten lächerlich hoch, ungeheurer Vermögen wurden verdient. Der Reiz der Spekulationen blühte, der der Tulpenzüchter nicht minder. Tausende von Gulden hat man damals für eine einzige Zwiebel einer seltenen Art bezahlt, Millionen hätte vor allem der Züchter verdient, des es vermocht hätte, die schwarze Tulpe zu züchten. Besonders ist es aber selbst mit den ungeheuer verfeinerten biologischen Methoden der Neuzeit noch niemals gelungen, eine wirklich schwarze Blüte zu züchten. Damals aber verzeigte man sich auf diese und ähnliche Scherze der Natur, man investierte ungeheurer Summen — und als eines Tages, es war 1637, der Umschwung kam, als man endlich wieder in der Tulpe eine Blume sah und kein Spekulationsobjekt mehr, kam ein fürchterlicher Zusammenbruch und ein entsetzlicher Kagenjammer über Holland. Zahllose Existenzen aus allen Kreisen der Bevölkerung wurden damals ruiniert. Wenn Holland diese Krise auch bemerkenswert rasch wieder überwand, eines ist dem Land aus dieser Spekulationszeit bis heute geblieben: keine Vorliebe für die Tulpenzüchtung, die auch heute noch eine nicht unwesentliche Rolle in der holländischen Wirtschaft spielt.

Auch in unseren Tagen gibt es übrigens eine ausgesprochene Spekulationsblume: die Drachide. Für Zwiebeln gewisser Sorten werden Tausende und aber Tausende bezahlt, für sie gehen Orchideenzüchter aller Nationen in die Urwälder Südamerikas und Afrikas, für sie leiden sie die Qualen der Malaria, Hunger, Durst, Gefahren aller Art. Es gibt bei den großen Orchideenliebhabern Blüten, deren jedes Blatt mit einer Unsumme, jeder Stengel mit einem Menschenleben bezahlt ist. Und vielleicht der einzige Grund dafür, daß trotz dem kein Orchideenzüchter die Welt erfährt, ist der, daß diese Blüte zu schwierig zu pflegen und zu schwer zu züchten ist.

(Fortsetzung folgt.)



Das erste Inflationsgeld, das Europa sah: Ein französischer Assignatenschein aus dem Jahre 1792.

von den ganz großen Häusern wurden Anweisungen gegeben, die die Form unserer heutigen Schecks hatten und mit unseren Banknoten nichts zu tun haben.

Raffionierte Münzammer wissen Bescheid, wenn man ihnen das Sch'awort „Kipper und Wipper“ nennt. Beide Ausdrücke sind niederdeutsch, „Kippen“ heißt abschnellen, „Wippen“ nennt man das Aufundababschnellen einer Waagschale. Und Kipper und Wipper nannte man jene Münzmeister, die besonders in den Jahren von 1620—1623 ihr Unwesen trieben. Sie bereicherten sich daran, daß sie gutes Geld in ihren Münzen einschmolzen, mit minderem Metall stark verlegten und alsdann geringwertige Münzen in den Verkehr brachten. Es kam dahin, daß das Volk von einer ungeheuren Panik ergriffen wurde, da ja ein Dukaten nicht mehr einen Dukaten wert war, sondern nur noch einen Bruchteil, und erst durch eine Gekochung von drakonischer Strenge hat man mit diesem Unwesen aufhören können. — wenn auch, wie gleich bemerkt sei, nicht für immer. Die Kipper und Wipper von 1620 haben zwischen 1680 und 1710 wieder zahlreiche Nachfolger gefunden, nachdem diese Sondergekochung, vergleichbar einer modernen Notverordnung, in Verbindung geraten oder gar offiziell abgehandelt war. Diese dreifache Lehre sind unter dem Namen der „kleinen Kipper- und Wipperzeit“ in die Wirtschaftsgeschichte eingezogen, und auch sie haben Unheil genug angerichtet und auf Jahrzehnte das Vertrauen des Volkes auf sein Geldwesele zerstört.

Die Bank von England in Schwierigkeiten.

Durch ähnliche Praktiken ist im Jahre 1696 die Bank von England, Europas ältestes staatliches bzw. staatlich unterstütztes Bankinstitut, an den Rand des Verderbens gekommen. Auch nach England waren die Kipper und Wipper gekommen, auch hierher hatten sie ihre unfaulernen Künste getragen. Das Parlament sah sich daher zu rigorosem Vorgehen gezwungen, damit solche Finanzunsicherheit wie sie auf dem Festlande herrschte, nicht übermächtig werde. Nicht nur letzte man übertriebene Strafen gegen diese Falzschmünger fest, die ausnahmslos, wenn man sie fahle, dem Tode verfallen, man verordnete auch, daß vom 2. Mai 1696 ab alle schlechten Münzen in ganz England außer Kurs gesetzt seien. Dieser 2. Mai nun wäre beinahe zum Schicksalstag der Bank von England geworden, der man die Aufgabe zugeteilt hatte, die schlechten Münzen gegen neue gute einzutauschen. Ihre Kassen hatten einen Run auszuhalten, auf den man nicht im geringsten vorbereitet gewesen war. Die staatlichen Münzen arbeiteten bei weitem nicht schnell genug: die Bank war tagelang von unübersehbaren Menschenmengen belagert, die man nur unter dem Einsatz harter Militärposten einigermaßen im Zaum halten konnte; die Kassen, mit zu wenig neuem Gelde versehen, waren kaum imstande, auch nur einen Teil der Menge zu befriedigen. Nicht nur die Regierung und die Bank von England waren in den höchsten Schwierigkeiten, da die Bank nicht wechseln, die Regierung weder Schulden noch Gehälter bezahlen konnte, auch das ganze Land litt aufs schwerste unter Geldmangel. Niemand konnte seine Arbeiter entlohnen, niemand hatte Geld, keine täglichen Lebensmittel zu bezahlen, Entlassungen wurden vorgenommen, Arbeitslosigkeit setzte ein. Erst nach sechs Monaten hörte diese Krise allmählich auf, als die Münzen wieder einigermaßen dem übergroßen Bedarf genügt hatten.

Lübeck in Nöten.

Waren diese Krisen des 17. Jahrhunderts durch gewissenlose Verdrücker hervorgerufen worden, so wurde im gleichen Zeitraum Europa von zwei anderen Ereignissen schwer erschüttert, die zugleich Spekulationsfieber veruracht hatten. In jener Zeit verlor die Hansestadt Lübeck mit allen Mitteln, die Führung in der Hanse, die man ihr im 14. und 15. Jahrhundert unbezweifelbar zugebilligt und die sie in den Folgezeiten vor allem an Hamburg verlor, hatte, wieder zu gewinnen. Die alte Stadt sah sich vor dem Ruin, Handel und Wandel gingen rapide zurück, die großen Wallfahrtskirchen und Rebedereien litten vor dem Zusammenbruch. In dieser kritischen Zeit verlor man, mit geborgtem Gelde ein Wiederanstreben der Lübecker Wirtschaft zu erzwingen. Auch eine Scheinblüte kostete Geld, eine so heruntergekommene Stadt wie Lübeck konnte

Ehemals war dies die Petersburg-Warschauer Militärstraße. Sie liegt sich noch immer in russischen Breitenmaßen, meilenweit schnurgerade, durch die neuentstandenen, nunmehr der UdSSR westlich benachbarten Staaten; das Stück, das in Lettland von uns zu benutzen war, befand sich in gutem Zustande. Je näher der Grenze, desto früher schien die letzte Erneuerung. In vereinhalf Stunden war von Dünamünde über Koitten (Keshiga, lettisch Rezekne) A u g s p i l s erreicht, wo sich eine Zweigstelle der Hauptgrenzbehörde Jauņlatgale befindet. Rasch und ohne Aufenthalt wurden hier unsere Ausweispapiere erledigt; irgendwo in Westeuropa hätte es auch nicht promptler gehen können. Und nun zur Grenze.

Hinter Augspils sind es nur noch zehn Kilometer. Bauerngehöfte begleiten die Straße bis dicht an den Bach, der die Länderscheide bildet; als man diese Häuser tief im damaligen Inlande baute, ahnte niemand, daß sie einst in einer Grenzzone liegen würden. Indessen ist der Weg als Weg sozusagen abgestorben. Die stattgemachte Chaussee blieb hinter uns zurück, und auf der Fahrbahn kriecht munter das Wiesengras. Immer grüner wird es unter den Ähren. Eine Schar Kinder schwärmt neugierig heran wie ein Volk einfallender Vögel. Zur Rechten steht ein kleines Häuschen, das letzte am Begrab, die Grenzschutzstelle, von der, flimmernd im Mittagslicht, blante Telephondrähte ins Landesinnere führen, eine letzte westwärts gestreckte Hand, ein letzter westwärts rufender Mund. Lettlandische Grenzsoldaten in sauberer grüner Uniform treten an den Wagenanschlag; ein Ausweiszettel aus Augspils wird vorgelesen; der Schlagbaum hebt sich. Was liegt da im Gras? Ein umgeflürzter spanischer Reiter? Kein eben friedlich-gallicisches Symbol.

Der Junge gemäß, die man uns in Augspils gegeben hatte, war durch die lettische Wache am Schlagbaum vorzeitig ein G.M. Grenzschützer herangewinkt worden. Dort drüben liegt er, wohlbewaffnet, das Gewehr über der Schulter, am Gewehr das Bajonett. Daß er eben sehr vertrauenswürdig ausgesehen hätte, kann ich ihm auch heute nicht befehlen, da ich in allem Behagen an ihn zurückdenke, und die Grenzlinie viele hundert Kilometer hinter mir liegt. Wie er so herangeblendet kam, die einstmals grünfarbene Mähe in die kleinen schiefen Augen gedrückt, die aus dem gelbbräunlichen Gesicht mit platten Zügen misstrauisch prüfend, aufseherhaft verdrossen die Ausländer, ihr Gesicht, ihren ganzen fremdländisch unverständlichen Anzug musterten, — man kann sich eine angenehme Begrüßung denken. Nur wenige Meter zwar, aber wie weit liegt da schon hinter uns, Europa!

„Guten Tag!“
„Immerhin, — Guten Tag! — antwortet auch unser neuer Patron und Schutzherr.“
„Wohin können wir hier also zunächst weiter?“
„Weiter? Zunächst werden Sie hier warten!“
„Worauf müssen wir denn hier warten?“
„Sie werden warten.“
„Wie lange denn? Und auf wen?“
„Eine Stunde, vielleicht anderthalb. Bis man kommt.“
„Kann man nichts machen, damit es etwas schneller geht?“
„Nein, das kann man nicht. Sie müssen warten.“ — Und kaum daß er diese Worte nachlässig-mürrisch ausgesprochen, tritt unser G.M. Grenzmann auch schon zwei Schritte beiseite, nimmt sein Gewehr von der Schulter, klappt das Magazin auf, klappt es zu, und taft, taft, knallen zwei Schüsse in die Luft. Darauf macht er leicht und verwindet auf einen Hügel, von dem sich die Gegend erschüttert gut übersehbar läßt; auch die beiden Antommilinge bleiben genau im Beobachtungsfeld. Fehlt noch etwas zum Lederstrumpf? Der rote Fahdicht hat zwei Bleigewichte gefangen und bewacht sie, bis die herangerufenen Späher des Stammes erscheinen.

Aber vorläufig waren wir ja noch im Besitz unserer Stalps und so taten wir, was man in kritischen Lagen gut und gern zur Herstellung des gemüthlichen Gleichgewichts tut — wir frühstückten. Raum aber öffnete sich der Dedel des mit Weibstid und Sachkunde ausgerüsteten Speisekorbes auch nur spannenweit, so blühten wir auch schon hoffnungsvoller in die Zukunft. Wackam strich alsbald zwar unser Aufpasser vorbei, um sich zu vergewissern, was wir dort verständiglich im tätigen Schatzen trieben, den einzig unser Wagen inmitten des mittagsheiligen wiesenerdig verwachsenen Weges spendete. Aber weder die appetitlichen Kastaniettes noch die in auserselbstener Güte gestifteten Erdbeeren sahen wie Konterbande oder wie Sprengwerkzeuge aus.

Die Sonne glühte. Bis zur angekündigten Zeit, wann „man“ kommen würde, blieb noch über eine Stunde. Was tun? Zeit genug für ein Sonnenbad! Streng zereemoniös, ausgegeben, war es ja nicht, 50 Meter hinter dem Grenzschlagbaum sah der Radfahrer hinzugehen. Aber auch die sonstigen Begleitumstände dieses Grenzüberzuges wägen ja etwas von der Schablone ab. An anderen Grenzen z. B. sieht man nicht, wo man aber sieht, warum soll man da nicht zum friedlichen Kontrast sich die Haut braun brennen lassen?

Selbst, gelan. Interessiert beobachtete die lettlandische Grenzwehr, was jenseits vor sich ging. Auch unser Chingakoff ließ sich wieder von seinem Ausguck wegladen und umtriebte nochmals schweigend seine Häftlinge. Aber schließlich mochte auch ihm diese Rückkehr zur Natur unbedrohlich erscheinen, und so harrten wir beiderseits schiffsartig ergeben der kommenden Dinge.

Taten wir unrecht, daß wir die Sache von der gemüthlichen Seite nahmen? In Rußland mußte man immer Geduld haben, und heute wird das Warten können eben im Doppelbetrage fastiert. Endlich einmal kommt immer jemand, und so gelang es auch in unserem Grenzfall. Abklärung für unseren Argus traf ein, und nun ergab sich zwanglos die Erklärung für den ungewohnten Empfang, dem wir begegnet waren. Auf der Sowjetseite ist keinerlei Telephonleitung bis zur Grenzlinie gelegt, und so müßten alle Signalschiffe abgegeben werden, wenn die Grenze überschritten wurde und der Linienwächter seinen Posten nicht verlassen kann. Voran es geschah hatte, war nichts als die Fähigkeit zu zusammenhängender menschlicher Rede, die die Lage geklärt hätte; soweit war unser Grenzer nur einfach noch nicht gebiegen, und niemand hatte ihm begreifen wohl jemals beigebracht, daß das Naturkind ein Vorwurf wegen der Rauheit seiner Sitten? Sie erschien eher unfreiwillig und urzuständlich.

Da nun Abklärung da war, konnten wir fort, immer zwar noch unter bewaffneter Begleitung, wobei es bald die Augen des im Hinterfuß befindlichen Wageninhabers, bald die Polsterung des Autoverdecks vor dem Bajonett unseres Kriegers zu schätzen galt, aber schließlich fand sich auch damit ein Auskommen, so daß Schaben verhütet wurde. Nach 5 Kilometern erreichten wir einen größeren Posten der Grenz-G.M. Hier gab es bereits Funktionen von höheren Grad: insoweit unsere Ausweispapiere in russischer Sprache verfaßte Wäsen etc. enthielten, konnte man sie hier lesen. Ein Telephon war vorhanden und bot Verbindung mit der nächsten Stadt, von wo aus die dortige Zollverwaltung unsere Angaben über aus Maslau vorliegende Weisung bestätigte.

Auch jetzt nahm das alles freilich noch eine beträchtliche Zeit in Anspruch. Wie neugierige Kinder umfanden indessen die G.M. Grenzer, sonnengebräunte gesunde Knabengesichter unter grünen Mähen, den ausländischen Wagen. Am liebsten hätten sie alles angefaßt, mit den Fingern betastet, an jeder Schraube gedreht; der elektrische Zigarettenanzünder erregte das hellste Entzücken; überlegen belehrte der technisch Geschicktere den minder unterrichteten Nebenmann; kurzum, es war rundum ein frühliches Geschnatter. Darüber verlor die auch hier unvermeidliche Wartezeit, und es konnte nun noch eine Etappe weitergehen, ins 25 Kilometer entfernte Städtchen, nach Ostrow, auch diesmal unter Geleit, aber nun schon ohne Bedrohung für die Passier. In Ostrow spielte sich dann, wie es ja manchmal geschieht, die eigentliche und Hauptprozedur am grasteften ab; Zollrevision und Papiermanipulationen wurden ziemlich flott erledigt. Man zeigte uns noch gefällig die nächste Wegrichtung, und die Straße war frei. Schien nicht der Motor es, wie befohlen, zu merken, daß er nun wieder anziehen konnte? Endlich wieder! Platz da vorn. Auf! Landein. —

Und nun ist noch etwas Praktisches zu bemerken. Daß sich der direkte Automeg nach der UdSSR schon geradezu empfehlen ließe, wäre — der Leser wird zustimmen — immerhin eine Liebererhebung. Denn ist das Reiseziel Zentralrußland, so bedeutet ja schon allein der Umstand, daß die geschaltete Einlassstelle bei Ostrow die einzige ist, die üblicherweise vorgeschrieben wird, den Zwang zu einem weit-ausgehenden Umweg. Ferner aber bedarf es dabei an dem für sich der verschiedensten Formalitäten. Auf lettlandischer Seite einer besonderen Erlaubnis des Innenministeriums, die Grenze gegen Osten auf der Landstraße zu überschreiten; wir hatten sie uns in Riga, mit lebenswürdiger Unterstützung der deutschen Gesandtschaft, besorgt. Dazu kommen die von der Sowjetseite einzuholenden Genehmigungen, insbesondere diejenige des Hauptkonsuls in Moskau über die Bedingungen der Einfuhr des Autos, denn das internationale „Carnet de passages“ hat für die UdSSR keine Gültigkeit. So ist denn eine Autofahrt aus „Europa“ nach Moskau, wenn auch kein Abenteuer mehr, so doch immer noch eine Reise mit Weitläufigkeiten und Hindernissen. Man wird diese Schwierigkeiten allmählich verringern, kein Zweifel; auch auf der Sowjetseite ist die Tendenz dazu vorhanden, und die Organisation für Automobilwesen und Wegebau, Autodor genannt, wirkt in dieser Richtung. Inzwischen schiden jedoch die meisten Ausländer, die etwa einen Wagen in Moskau benötigen, diesen nach wie vor zu Schiff bis Leningrad und lassen ihn sich von dort auf der gut passierbaren Leningrad—Moskauer Chaussee zufahren, — daß dies die bequemste Methode ist, läßt sich nicht bestreiten.

Doch auch unser unbeduenerer, aber dafür manche Eindrücke und Beobachtungen eigener Art vermittelnder Reiselweg kann einiges für sich anführen. Inwieweit sich dies auf seine Fortsetzung ins Innere des Landes bezieht — davon ein andermal.

Im Auto über die Sowjetgrenze / Von unserem Moskauer Vertreter Wilhelm Baum

Dr. Dralle's Lavendelseife

Ein Rezept für die Haut!

DAS GROSSE RUNDE SCHNEEWEISSE SEIFENSTÜCK 65g NUR NOCH 65g

Badische Chronik

der Badischen Presse 47. Jahrgang. Nr. 348.
Karlsruhe, Mittwoch, den 29. Juli

Die Städte gegen den Staat.

Kehl klagt gegen das Notgesetz . . .

Beschlüsse des Gemeinderats.
Kehl, 29. Juli. Da sich die Tätigkeit des Miteinigungsamtes nur auf wenige Stunden im Monat beschränkt, ist der Zeitpunkt gekommen, in welchem die weitere Aufrechterhaltung des Miteinigungsamtes als eigene Gemeindebehörde nicht länger notwendig erscheint. Infolgedessen hat der Gemeinderat beschloffen, beim Ministerium des Innern die Aufhebung des Gemeindefinanzierungsamtes zu beantragen. — Zu den durch das badische Notgesetz vom 9. Juli verfüzten Abzügen an der Besoldung der Gemeindefinanzierungsbeamten wurden dem Gemeinderat die von sämtlichen Beamten unterzeichneten Kassen zur Kenntnisnahme unterbreitet. Dieselben haben folgenden Wortlaut: „Gegen die auf Grund des badischen Notgesetzes vom 9. Juli 1931 beschlossene Gehaltsstärkung lege ich hiermit Einspruch ein und behalte mir alle weiteren Schritte vor.“ Die Gehaltsstärkung wird ab 1. August 1931 durchgeführt. — Nach eingehender Debatte über die Auswirkungen des Notgesetzes auf die Gemeindefinanzen wurde folgender Beschluss gefasst:
1. Die Stadt erhebt gemäß Artikel 19 der Reichsverfassung Klage bei dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich gegen das Land Baden mit dem Antrag, festzustellen, daß das Notgesetz vom 9. Juli 1931 in seinen die Gemeinden betreffenden Bestimmungen rechtsungültig ist; 2. die Stadt stellt bei dem Reichspräsidenten den Antrag, das Notgesetz vom 9. Juli 1931 außer Kraft zu setzen, soweit es sich auf Artikel 48 Abs. 4 der Reichsverfassung gründet; 3. die Stadt legt bei der Reichsregierung Beschwerde gegen das Vorgehen der badischen Regierung auf Grund des Artikel 15 der Reichsverfassung ein; 4. für die Klageerhebung bei dem Staatsgerichtshof, die Antragstellung bei dem Herrn Reichspräsidenten und die Beschwerdeerhebung bei der Reichsregierung wird dem Badischen Städteverband Vollmacht erteilt.

. . . und Wertheim.

—r. Wertheim, 29. Juli. Der Gemeinderat hat in seiner Montag-Sitzung beschlossen, daß die Stadtgemeinde Wertheim sich dem rechtlichen Vorgehen der bad. Städte gegen das bad. Notgesetz vom 9. Juli 1931 anschließt.

. . . und Säckingen.

Säckingen, 29. Juli. Die Stadtgemeinde legt gegen das badische Notgesetz Beschwerde auf Grund des Art. 15 der Reichsverfassung ein und stellt Antrag, das Notgesetz, soweit es sich auf Art. 48 Abs. 4 der Reichsverfassung gründet, außer Kraft zu setzen. Mit der Beschwerdeeinlage und Antragstellung wird der badische Städteverband bevollmächtigt. — Ferner beschloß der Gemeinderat, die erledigte Musikdirektorenstelle Musikmeister Adolf Biensch in Thannhausen mit Wirkung vom 1. August d. J. zu übertragen. Zwecks Beschaffung einer Wohnung für den Musikdiregenten wird die Stadtkasse in das Erdgeschoss des Rathauses verlegt. Den Anträgen auf Ermäßigung der Hausmieten in den städtischen Gebäuden kann mangels fehlender Deckung der Zuschüsse im Haushaltsplan 1931 grundsätzlich nicht entsprochen werden. Der gesamte Werkstattnachricht an der hiesigen Gewerbeschule soll aus finanziellen Gründen mit sofortiger Wirkung bis 1. April 1932 ruhen.

Waldorf, 29. Juli. (Der Voranschlag 1931/32.) Nach dem zur Einsicht der Gemeindevorordneten bereits öffentlich aufgelegten Haushaltsplan betragen die Ausgaben insgesamt 514 928 RM. Einnahmen (ohne Umlage sowie Bier- und Bürgersteuer) 348 833 RM. Somit beträgt der ungedeckte Aufwand 166 095 RM. Der ungedeckte Aufwand wird gedeckt durch Bier- u. Bürgersteuer mit 32 000 RM. Als Steuer werden erhoben von Grundvermögen 1,81 RM., vom Betriebsvermögen 0,69 RM., vom Gewerbeertrag 10,41 RM., insgesamt 127 372 RM. Durch äußerste Sparsamkeit war es möglich, die diesjährige Gemeindesteuer über das gesetzliche Maß hinaus erheblich zu ermäßigen.

r. Vietsheim, A. Nassau, 29. Juli. (Aus dem Gemeinderat.) Ein Gesuch um Aufstellung eines Karussells auf den Erntefesttag wird in Anbetracht der schlechten finanziellen Lage der Gemeinde

abgelehnt. — Ein Antrag des Gemeinderats, die Amend-beam. Gardtüder zu unterziehen, wird dem Bürgerausschuß bei der am 1. August stattfindenden Sitzung zur Entscheidung vorgelegt.

r. Rotenfels im Murgtal, 29. Juli. (Vom Rathaus.) Als Vertreter für den erkrankten Gemeindevorstand wird Emil Wipfel ernannt. — Die Biersteuererhöhung soll mit Wirkung vom 1. August d. J. in Kraft treten. — Ein Gesuch um Rücktritt eines von der Gemeinde erworbenen Bauplatzes wird genehmigt und die Anzeigung zurückerstattet. — Zur Bedienung der Drechsmaschine wird Heinrich Hüftele als Maschinenwärter bestimmt. Das Einlegen wird von Arbeitslosen besorgt, die jeweils bestimmt werden. — Für Bedienung der Drechsmaschine werden pro Drechstunde 11 Mark berechnet. — Von einem Schreiben der Erben des Kommerzienrats Bergmann betr. der Wohnung Kädel wird Kenntnis genommen.

r. Kehl, 29. Juli. Der Kehler Bürgerausschuß lehnt die Erhöhung der Biersteuer ab. In der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses hatte das Kollegium über die Erlassung einer neuen Gemeindefinanzierungsordnung Beschlüsse gefasst. Zur Ausführung wies Bürgermeister Dr. Luthmer auf den eigentlichen Zweck der neuen Finanzierungsordnung hin und betonte, daß es fraglich erscheine, ob durch die Erhöhung der Biersteuer tatsächlich das erreicht wird, was man erreichen will, nämlich eine Erhöhung der Einnahmen für die Stadt. Mit aller Bestimmtheit muß im Falle der Erhöhung damit gerechnet werden, daß die Einnahmen ganz erheblich sinken, weil der Bierkonsum infolge der dadurch notwendigen Erhöhung des Bierpreises ganz bedeutend zurückgehen wird. Es ist zu berücksichtigen, daß Kehl als Grenzstadt, gegenüber der Stadt Straßburg, in der das Bier ganz erheblich billiger ist, sich in diesem Falle in einer Ausnahmestellung befindet. Der Gemeinderat hat infolgedessen in seiner vorletzten Sitzung den Beschlüsse abgelehnt, lediglich den einfachen Satz zu erheben, d. h. den Satz von 2,85 RM. auf 5,00 RM. zu erhöhen, um nicht Gefahr zu laufen, seitens der Regierung eine Erhöhung auf 10 RM. diktiert zu erhalten. Gegebenenfalls sollte diese Gemeindefinanzierungsordnung am 1. August d. J. in Kraft treten. Mit Rücksicht hierauf empfiehlt Bürgermeister Dr. Luthmer, dem Beschlüsse des Gemeinderates zuzustimmen, denn es wäre immerhin besser, sich mit dem kleineren Uebel abzufinden, als nachher das größere Zwangsmaß aufgebürdet zu erhalten. — Zu dem Antrage nahmen sämtliche Fraktionen das Wort, u. noch selten sah der Bürgeraal von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken eine solche Einmütigkeit, wie in der Ablehnung dieser Gemeindefinanzierungsordnung. Alle Redner betonten die Zwecklosigkeit dieser Steuererhöhung. Infolgedessen wurde die Erhöhung der Biersteuer mit 53 gegen 6 Stimmen abgelehnt. — Punkt 2 der Tagesordnung: Zinslose Herabgabe von Erbbaupflichten zwecks Anfertigung der Baupläne, sowie Punkt 3: Umlage der Handwerkskammerbeiträge für 1931 wurden ohne weitere Debatte einstimmig angenommen.

kl. Schonach, 29. Juli. (Voranschlag abgelehnt.) In der am vergangenen Samstag stattgefundenen Bürgerausschusssitzung stand in der Hauptsache die Beratung und Genehmigung des Gemeindevoranschlags auf der Tagesordnung. Die Prüfung der einzelnen Rechnungsposten löste eine lebhaft ausgeführte Aussprache aus. Insbesondere wurden die durch die neuesten Notverordnungen den Gemeinden auferlegten Lasten, wie Lehrerbesoldungsanteile, der für Schonach allein schon eine Mehrausgabe von 5 600 RM. umspracht, ferner die Kürzung von Steueranteilen usw. als außerordentlich drückend empfunden. Die zunehmende Arbeitslosigkeit in der Gemeinde macht den neu aufgestellten Voranschlag unzureichend, zumal weitere Mittel aus Steuern kaum aufzubringen sind, ohne starke Gefährdung der Wirtschaft. Ein vom Zentrum eingebrachter Voranschlag auf Kürzung von Anstellungsverhältnissen mußte als unbillige Härte abgelehnt werden. Die vom Zentrum daraufhin verlangte Parteiberatungspause wurde nicht gewährt, was zur Folge hatte, daß ein Teil der Fraktion die Sitzung verließ. Die namentliche Abstimmung über den Voranschlag erbrachte eine Ablehnung mit 25 gegen 21 Stimmen. Der Voranschlag der Kurverwaltung wurde mit 34 gegen 12 Stimmen angenommen. Beachtenswert ist aus den dabei vom Vorsitzenden gemachten Ausführungen über die Entwicklung des Fremdenverkehrs, daß sich die Übernachtungsziffern bis 20. Juli gegenüber dem Vorjahre um etwa 2000 vermehrt haben.

fortgesetzt. In einem ausführlichen Vortrag trat Kreisobstbauinspektor Dietrich (Offenburg), der 1. Vorsitzende der neugegründeten „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Obstbaues und Abbaues“, wärm für diese Einrichtung ein. Allerdings hätte dann nach seiner Ansicht der schon bestehende Obstmarkt in Freisenheim seinen Zweck mehr. Derselbe Ansicht vertrat Landesökonomierat Stadler. Die Vertreter der Gemeinden, mit Ausnahme von Freisenheim, erklärten sich mit der Vorlage einverstanden. Der einmalige Aufschub für die Einrichtungen wird gleichmäßig mit 15 v. H. der Bevölkerungszahl festgesetzt. Der Obstbau im hiesigen Bezirk steht an erster Stelle im deutschen Obstbau.

R. Bahr, 29. Juli. (Elektrizitätswerk.) Das hiesige Elektrizitätswerk Mittelbaden hat durch die wirtschaftlichen Verhältnisse auch im ersten Halbjahr 1931 einen Rückgang in der Abgabe von Kraftstrom zu verzeichnen, der aber durch die wesentliche Steigerung des Abfluges von Haushaltsstrom ausgeglichen wurde. So wurden in den letzten sechs Monaten durch die Einführung der elektrischen Küche im Versorgungsgebiet des Werkes wiederum 408 elektrische Vollherde neue angeschlossen, deren Betrieb durch den neuen Haushaltsstromtarif sehr verbilligt wird. Durch diesen Ausgleich konnten bisher Abbaumaßnahmen und Arbeiterentlassungen vermieden werden.

.. Billingen, 29. Juli. (Aus der Kreisversammlung.) In der vorgestrigen Kreisversammlung des Kreises Billingen wurde der Kreisvoranschlag, welcher eine Senkung der Steuer aus dem Gewerbeertrag um sechs Pfennig vorsieht, einstimmig angenommen, ebenso der Voranschlag der Kreispflegeanstalt und des Kreisjägersheimdes Geilingen. Besonderen Beifall fand die Mitteilung, daß der Kreisfrankenbeitrag um über 20 Prozent gesenkt werden wird, was eine wesentliche Entlastung der Gemeinden bedeutet. Die Länge des Kreisfrankenweges beträgt jetzt 65,6 Kilometer, die des Kreisweges 324 Kilometer.

Pforzheim, 29. Juli. (Lebensmüde.) Selbstmord durch Erschießen beging am Dienstag vormittag der Architekt Max Popp von hier. Man brachte ihn ins Krankenhaus, doch starb er ohne Wieder zum Bewußtsein gekommen sein.

Eine Presseverordnung der badischen Regierung

Durch eine Verordnung des Staatsministeriums wird die Verordnung vom 26. Juli 1919 über öffentliche Bekanntmachungen auf dem Gebiete der Rechtspflege dahin abgeändert, daß Blätter, die staatsfeindlich eingestellt sind, nicht berücksichtigt werden dürfen. In übrigen darf die politische Parteilichkeit eines Blattes auf die Entscheidung keinen Einfluß haben.

Zwei Scheunen niedergebrannt.

Brandstiftung.
Mingolsheim (bei Bruchsal), 29. Juli. (Drahtbericht.) In der Nacht auf Mittwoch brach in der Scheune des Landwirts Jakob Heimgann Feuer aus, das in den frisch eingebrachten Erntevorräten reiche Nahrung fand. Es griff auch trotz sofortiger Hilfe auf die benachbarte Scheune und den Schuppen der Witwe Bende über. Das Wohnhaus wurde gleichfalls stark in Mitleidenchaft gezogen. Der Dachstuhl brannte aus und sonst wurde viel Wasserschaden angerichtet. Das Feuer ist auf Brandstiftung zurückzuführen. In diesem Zusammenhang wurde bereits eine Person verhaftet.

Kind tödlich verunglückt.

Wiesloch, 29. Juli. (Drahtbericht.) Bei der Drechsmaschine an der Leinbach Kleider am Dienstag nachmittag ein Kind an der Badenheißel empord. Es stürzte zu Boden und landete auf dem Kopf, daß es das Rückenmark brach und tot in die Leinbach fiel.

Alpirsbach, 29. Juli. (Beim Spielen tödlich verunglückt.)

Beim Sägewerk Hofer spielten Kinder auf einer Bretterbeige. Die Bretter kamen ins Rollen und begruben zwei Kinder unter sich. Ein dreijähriges Kind wurde so schwer verletzt, daß es noch am gleichen Tage starb. Das andere Kind kam mit leichten Verletzungen davon.

Motorradunfall auf schlüpfriger Straße.

Neumühl bei Kehl, 29. Juli. Auf der Heimfahrt von seiner Arbeitsstätte in Straßburg verunfallte der Arbeiter Wilhelm Doll aus Sand auf der Landstraße Neumühl-Korf, etwa 500 Meter vor der Heil- und Pflegeanstalt. Er kam mit seinem Motorrad auf dem Regen schlüpfrigen Straße derart zu Fall, daß er schwere Verletzungen am Kopf und am ganzen Körper davontrug und ins Krankenhaus Kehl eingeliefert werden mußte.

.. Engen, 29. Juli. (Verkehrsunfälle.) Am Sonntag ereigneten sich hier und in der Umgegend eine Reihe von schweren Unfällen. Ein Herr Jak von Watterdingen wurde von einem schweizer Auto angefahren und schwer verletzt. — In Barmen stürzte der Sohn des Bäckermeisters Streidl mit dem Motorrad und mußte schwerverletzt ins Krankenhaus verbracht werden. — In der Nacht stürzte die Motorradfahrerin Wengler von Wesslingen und Erliche von Engen mit ihrem Motorrad im Bargener Wäldle. Sie erlitten Knochenbrüche und mußten ins Krankenhaus verbracht werden.

Die Toten im Lande.

Heidelberg, 29. Juli. Gestern starb in der hiesigen chirurgischen Klinik im 76. Lebensjahr einer der führenden Männer der Inneren Mission, Barrer Johannes Ostermeyer, der langjährige Mitarbeiter Friedrich v. Bodelschwinghs. In den letzten drei Jahren, nach seiner Zurückziehung betrieb ihn Prälat Dr. Schmittknepper in den badischen Landesorden für Inneren Mission. Als ihm die Arbeit dort zu schwer wurde erhielt er ein Paragrafen in Rosenberg bei Osterburken.

Besserung der Witterung.

Die Annäherung eines Mittwoch früh über Frankreich liegenden Zwischenhochs hat Nachlassen der Niederschläge und teilweises Aufheben bei uns zur Folge gehabt. Das Hoch wird vor einer neuen Zirkulation, die an der englischen Westküste angelangt ist, über das Festland nach Osten wandern, so daß die Besserung des Wetters auch morgen anhalten wird. Der allgemeine Witterungscharakter wird auch in der nächsten Zeit voraussichtlich nicht befruchtbar werden, da eine Unterbrechung der ozeanischen Luftzufuhr nach Mitteleuropa noch immer nicht abzusehen ist.

Wetterausichten für Donnerstag, den 30. Juli 1931:

Borwiegend heiter, trocken und am Tage wärmer bei schwacher Luftbewegung.

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte Karlsruhe.

Stationen	Luftdruck in Meereshöhe	Temperatur in C°	Relative Feuchtigkeit	Niedrigste Temperatur	Schneehöhe in cm	Wetter
Wertheim	765,4	15	20	11	—	teilw. bedekt
Karlsruhe	765,3	14	21	12	—	bedekt wolfig
Baden-Baden	765,9	15	19	13	—	bedekt wolfig
Wilmann	767,1	10	17	8	—	—
Bad Dürkheim	—	9	17	5	—	—
St. Blasien	—	10	16	6	—	—
Badenweiler	765,0	14	23	12	—	—
Heidelberg	640,2	5	9	3	—	Rebel

Wasserstand des Rheins.

Kasel, 29. Juli, morgens 6 Uhr: 280 (170) Stm.
Badshut, 29. Juli, morgens 6 Uhr: 402 (360) Stm.
Schwörmer, 29. Juli, morgens 6 Uhr: 292 (287) Stm.
Kehl, 29. Juli, morgens 6 Uhr: 387 (370) Stm.
Mannheim, 29. Juli, morgens 6 Uhr: 358 (360) Stm.
Mannheim, 29. Juli, morgens 6 Uhr: 455 (467) Stm.
Wassertemperaturen heute früh 8 Uhr:
Bodensee bei Konstanz 18 Grad.
Rhein bei Rappensdorf 17 Grad.

Nur noch 3 Tage: Saison-Ausverkauf bei D. Scheyer.

Die Firma D. Scheyer weist nochmals auf die am Samstag mit Ende gehende günstige Einkaufsgelegenheit des Saison-Ausverkaufs mit seinen gewaltigen Preisermäßigungen hin. So reich führt diese Gelegenheit nicht wieder, Sommerwaren, Kleiderstoffe, Badartikel und vor allem Sommerkleider und Hüte zu Bruchteilen des früheren Wertes zu kaufen. Ebenso günstige Angebote bei der Brotpackerei, unsere Spezialabteilung für Herrenkleidung am Schuhplatz, in Sportartikeln, Sommeranzügen, leichten Mänteln etc. herabgesetzt, auch für Aussteuerwaren, Kartragen, Betten usw. sollte die Gelegenheit mit 10 Prozent Rabatt zu kaufen nicht ungenutzt gelassen werden.

In die **Ferien** mit einem **guten Taschenmesser** von **Kratz** Solinger Spezialist **Waldstraße 41** gegenüber der Hofapotheke

Die Karlsruher Rathauschlacht vor dem Schöffengericht.

Die Vernehmung der 23 Angeklagten. — Beginn der Beweisaufnahme. — Das Urteil erst in den späten Abendstunden zu erwarten.

Die Vormittags-Sitzung.

11 Karlsruher, 29. Juli 1931.

Vor dem großen Schöffengericht Karlsruhe begann am Mittwoch vormittag 8 Uhr die Verhandlung gegen 20 Mitglieder des Karlsruher Bürgerausschusses, wegen gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch. Wie noch erinnert, war es am 11. Mai 1931 aus Anlaß der Voranlassungsberatungen des Bürgerausschusses im Sitzungssaal des Rathauses zu einer regelrechten Schlägerei gekommen, bei der mehrere Bürgerausschussmitglieder verletzt und Sachschaden in Höhe von mehr als 2000 Mark angerichtet wurde. Als Vorsitzender der Verhandlung fungiert Amtsgerichtsrat Dr. Kohler, dem als zweiter Richter Amtsgerichtsrat Wadlisch zur Seite steht. Schöffen in dieser Verhandlung sind Frau Käthe Kuschmann-Gaggenau und Notensführer Andreas Diebold-Offenheim. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Heim. Das Amtsgerichtsgebäude war schon in den frühen Morgenstunden polizeilich abgesperrt, da der Zutritt zum Verhandlungssaal nur gegen Karten gestattet ist. Da die Verhandlung im Schöffengerichtssaal stattfindet, war der Raum für die Zuhörer bei der großen Zahl der Angeklagten und Zeugen sehr beschränkt. Die Verteidigung der Nationalsozialisten hat Rechtsanwalt Dr. Krauß übernommen, während die angeklagten Kommunisten von Rechtsanwalt Dr. Friedberg verteidigt werden. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden stellte Rechtsanwalt Dr. Krauß als Verteidiger der nationalsozialistischen Stadtverordneten

den Antrag, Oberbürgermeister Dr. Finter als Zeuge zu laden. Der Oberbürgermeister habe die Sitzung geleitet und somit den besten Überblick über die Vorgänge gehabt. Rechtsanwalt Dr. Friedberg als Vertreter der kommunistischen Angeklagten lehnte sich dem Antrag des Verteidigers der Gegenpartei an.

Der Vorsitzende erklärte, daß die Ladung des Oberbürgermeisters nicht etwa deshalb unterblieben sei, um ihn von der Zeugenaussage zu verschonen, sondern es seien zu viele Zeugenaussagen gemacht worden, die genügt hätten, ein Bild der Vorgänge zu erhalten. Das Gericht werde sich über die Ladung von Oberbürgermeister Dr. Finter noch schlüssig werden.

Rechtsanwalt Dr. Krauß fragte sodann, ob die Gegenpartei die Nebenklage auf Buße wegen Körperverletzung aufrechterhalte. Als Dr. Friedberg diese Frage bejahte, wurde von Dr. Krauß ebenfalls ein Antrag auf Nebenklage für einige seiner Mandanten gestellt.

Das Gericht zog sich hierauf zur Beschlußfassung über die gestellten Anträge zurück und verkündete nach kurzer Zeit, daß den Anträgen der beiden Verteidiger auf Zulassung der Nebenklagen stattgegeben worden sei.

Der Vorsitzende stellte hierauf

Die Personalien der Angeklagten

Es haben sich folgende Angeklagte zu verantworten: 1. der 41jährige verheiratete Verwaltungsassistent Ludwig Streit (NSDAP.); 2. der 37jährige Stadtrat Hermann Böning (KPD.); 3. der ledige 31jährige Lehrer a. D. August Kramer (NSDAP.); 4. der verheiratete 48jähr. Expedient Peter Kiedner (NSDAP.); 5. der 58jährige Sportplatzdirektor Friedrich Jäger (NSDAP.); 6. der 64jährige Stadtschreiber a. D. Otto Vint (NSDAP.); 7. der 39jährige ledige Elektromonteur Stefan Nagel (NSDAP.); 8. der 39jährige verheiratete Kaufmann Ludwig Werle (NSDAP.); 9. der 29jährige verheiratete Bankbeamte Rudolf Schindler (NSDAP.); 10. der 41jährige Kaufmann Fritz Argus (NSDAP.); 11. der 36jährige verheiratete Angestellte Heinrich Siebach (NSDAP.); 12. der 35jährige ledige Bierbrauer Wilhelm Worch (NSDAP.); 13. der 34jährige verheiratete Arbeiter Karl Stöffler (NSDAP.); 14. der 35jährige verheiratete Arbeiter Fritz Winter (KPD.); 15. der 38jährige verheiratete Straßenbahnführer Bertold Kiedinger (KPD.); 16. der 54jährige verheiratete Stadtrat und Reichsbahnassistent Karl Bauer (KPD.); 17. der 39jährige ledige Arbeiter Gustav Kappeler (KPD.); 18. der 39jährige ledige Arbeiter Louis Hoffmann (KPD.); 19. der 27jährige verheiratete Arbeiter Josef Schlimmer (KPD.); 20. der 30jährige verheiratete Gauleiter Ernst Heinemann (KPD.); 21. der 22jährige ledige Walter Friedrich Stödel (KPD.); 22. der 27jährige verheiratete Elektromonteur Willi Harberg (KPD.); 23. der 34jährige verheiratete Gerber Friedrich Preuß (KPD.), sämtliche aus Karlsruhe.

Es wurde sodann

Der Eröffnungsbeschluss

verlesen, in dem u. a. ausgeführt ist:

Die unter Ziffer 1 bis 20 Genannten hätten in einer am 11. Mai im großen Rathausaal in Karlsruhe stattfindenden öffentlichen Sitzung des Bürgerausschusses, bei der es im Anschluß an eine Rede des nationalsozialistischen Stadtrats Krauß und verschiedener kommunistischer Fraktion gemachten Zwischenrufe zu einem Zusammenstoß zwischen Mitgliedern der nationalsozialistischen und kommunistischen Fraktion gekommen sei.

An der entstandenen Schlägerei hat dadurch teilgenommen, daß sie gemeinsam teilweise mit Messern, Stühlen und Leibriemen aufeinander eingeschlagen hätten. Hierbei habe insbesondere der angeklagte Streit mit einem Leibriemen mehrmals von hinten auf den Wangenangeklagten Böning eingeschlagen. Der angeklagte Böning habe den Wangenangeklagten Jäger mit einem Stuhl auf den Kopf eingeschlagen, so daß dieser eine stark blutende Wunde davontrug. Der Angeklagte Kramer habe mit einem Stuhlbein auf den Angeklagten Preuß eingeschlagen und ihm eine blutende Stirnwunde zugefügt.

Bei der Schlägerei seien 62 Stühle beschädigt, einige am Boden festgeschraubte Bänke umgerissen, sowie Bilder, Fenster und Wände beschädigt worden.

Daß der Stadtgemeinde ein Sachschaden von insgesamt 2000 Mark entstanden sei. Die Angeklagten hätten gemeinschaftlich nachsichtlich andere körperlich mißhandelt und an der Gesundheit geschädigt, wobei Körperverletzung mittels Messern und anderen gefährlichen Werkzeugen von mehreren gemeinschaftlich begangen worden sei. In Lateinheit hätten sie vorzüglich und redlichwichtig Gegenstände, welche zum öffentlichen Nutzen dienen, beschädigt und zerstört worden. Die Angeklagten Stödel, Harbrecht und Preuß seien gemeinschaftlich in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienste bestimmt sind, widerrechtlich eingedrungen und hätten in einer weiteren selbständigen Handlung gemeinschaftlich nachsichtlich andere körperlich mißhandelt und an der Gesundheit geschädigt.

Vor Beginn der Vernehmung der Angeklagten wies Amtsgerichtsrat Dr. Kohler darauf hin, daß bei den Verhandlungen die Politik auszuschließen habe. Für politische Ausführungen sei der Gerichtssaal nicht da. Auch die Kritik an der Geschäftsführung in der Bürgerausschussführung müsse bei der Verhandlung unterbleiben. Diese Sache hätten im Gerichtssaal nichts zu tun. Der Vorsitzende hat darauf dringend, daß der Verhandlungston ein ruhiger bleibe, daß Zwischenrufe aus dem Zuhörerraum zu unterbleiben hätten.

Amtsgerichtsrat Dr. Kohler stellte als allgemein bekannt voraus, daß am 11. Mai bei den Voranlassungsberatungen die Fraktionsführer der einzelnen Parteien nach den Ausführungen des Ober-

bürgermeisters das Wort ergriffen hätten. Bei den Ausführungen des Stadtrats Kramer sei es zu verschiedenen Zwischenrufen gekommen. Es soll u. a. auch der Zwischenruf „Arbeitermörder“ gefallen sein. Auf diesen Zwischenruf hin soll der Angeklagte Kramer in seinen weiteren Ausführungen den Ausspruch „Ver-

brechergesinde!“ gebraucht haben. Daraufhin sei es zu der Schlägerei gekommen, die Gegenstand der heutigen Anklage bildet. Er bitte alle Angeklagten, nicht mehr auf den Verlauf der Bürgerausschussverhandlung näher einzugehen, sondern sich nur zu der Schlägerei zu äußern.

Die Aussagen der Angeklagten.

Als erster der 23 Angeklagten wird der Nationalsozialist Ludwig Streit vernommen. Auf Befragen erklärt der Angeklagte, daß während der Rede des Stadtrats Kramer von den kommunistischen Bänken der Zuruf „Arbeitermörder“ gefallen sei. Darauf habe kein Parteigenosse Kramer den Kommunisten zugerufen: „Euch Verbrechergesinde! fann man überhaupt nicht Arbeiterpartei nennen“. Es sei nunmehr zu einer Schlägerei gekommen, wobei Stadtrat Böning an der Spitze der Kommunisten auf die Nationalsozialisten eingedrungen sei. Einer der Kommunisten habe ein Messer in der Hand gehabt. Als er das Messer gezogen habe, habe er seinen Leibriemen ausgezogen. Böning habe inzwischen schon auf Kramer losgeschlagen. Er und seine Parteigenossen seien nach dem Rednerpult zugegangen, um Kramer zu schlagen. Als er gesehen habe, daß Böning mit einem Stuhl auf seine Parteifreunde schlug, habe er mit seinem Leibriemen Böning zwei Schläge verleht. Böning habe auch versucht, ihn mit einem Stuhl zu schlagen, aber er habe sich dagegen geschützt.

Vorsitzender: Haben Sie erst auf Böning eingeschlagen, als er geschlagen hatte?

Angeklagter: Jawohl, erst als Böning mit den Fäusten auf Kramer einschlug, habe ich ihn geschlagen. Es sind dann auch andere Kommunisten gekommen, die sich gegen mich drohend benahmen. Die Parteien haben sich formiert und dabei sind Stühle im Saale geworfen worden.

Vorsitzender: An der Stuhlwerferei haben Sie sich nicht beteiligt?

Angeklagter: Nein, ich habe mich nur mit meinem Leibriemen gehöhrt. Ich glaubte die Berechtigung zu haben, mich zur Wehr setzen zu dürfen. Man kennt ja zur Genüge das Schlagwort der Kommunisten: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft.“

Rechtsanwalt Dr. Friedberg: Wer hat zuerst zum Stuhl gegriffen?

Vorsitzender: Der erste, der zum Stuhl gegriffen hat, wird wohl der Angeklagte Böning gewesen sein. Wissen Sie Angeklagter, wer noch zum Stuhl griff?

Angeklagter: Außer Böning haben noch andere Kommunisten mit Stühlen geworfen.

Vorsitzender: Herr Böning, ist von Ihnen der Ausruf „Arbeitermörder“ gefallen? Haben Sie diesen Ausruf gehört?

Angeklagter Böning: Nein, ich habe diesen Ausruf nicht gehört und nicht gemacht.

Es wird sodann

Der kommunistische Stadtrat Böning vernommen.

Der längere Ausführungen über die Bürgerausschussführung machen will. Der Vorsitzende macht ihn aber darauf aufmerksam, daß er sich nur über die Vorgänge nach den Bemerkungen Kramers zu äußern habe. Böning erklärt, daß der Nationalsozialist Kramer den Ausruf „marxistisches Verbrechergesinde!“ gebraucht habe. Die Kommunisten hätten verneint, daß der Oberbürgermeister diesen Ausruf gerügt habe. Er sei darauf zum Oberbürgermeister gegangen und habe ihm Vorwürfe gemacht, daß er keinen Ordnungsruf erteilt habe. Er sei plötzlich in einem Knäuel gewesen und sei nach den Zentrumsbänken abgedrängt worden. Er habe mehrere Schläge auf den Kopf erhalten und da habe er sich zur Wehr gesetzt. Er habe einen Stuhl genommen und sich damit verteidigt. Die Kommunisten hätten gar keine Veranlassung gehabt, eine Schlägerei heranzubekommen. Sie hätten nur das Interesse gehabt, in einer sachlichen Weise nicht nur mit den Nationalsozialisten, sondern auch mit den bürgerlichen Parteien Abrechnung zu halten.

Sodann wurde

Der nationalsozialistische Stadtrat Kramer vernommen.

Er schilderte den Hergang während seiner Rede, in der er auch über das Verhalten des heutigen Systems gesprochen habe. Daraufhin habe Stadtrat Dr. Franz (Ztr.) gesagt: „Macht Ihr's doch besser“. Er habe ihm erwidert: „Ist uns doch einmal 24 Stunden die Macht.“ Die bürgerlichen Parteien und Marxisten hätten dauernd Zwischenrufe gemacht. Er gibt zu, den Kommunisten aus ihre Zwischenrufe „Arbeitermörder“ zurückzuerufen zu haben: „Euch Verbrechergesinde! fann man allerdings nicht mehr als Arbeitermörder bezeichnen.“ Böning und seine Genossen seien nicht nach dem Oberbürgermeisterlich, sondern auf ihn zugegangen. Stadtrat Bauer habe als erster einen Stuhl in der Hand gehabt. Böning habe auf ihn einschlagen wollen und versucht, sich Bahn zu schaffen. Als er sah, daß er nicht zu ihm vordringen könne, sei er zu den Zentrumsbänken zurückgegangen und habe einen Stuhl genommen. Die Kommunisten hätten Stühle geworfen und mit Stuhlbeinen geschlagen. Kramer sei der Schlägerei im Gange gewesen, da hätten die Kommunisten starken Zugang von der Galerie erhalten. Mehrere Nationalsozialisten seien hier bald, teilweise erheblich, verleht worden.

Der Angeklagte Kiedner (NSDAP.) hat gehört, daß Böning diesen Ausruf „Arbeitermörder“ gefallen ist. Er glaubt, daß Böning diesen Ausruf gebraucht hat. Er habe dem Kommunisten Bauer einen Stuhl aus der Hand genommen und gesagt: „Machen Sie keinen Blödsinn, hier wird nicht geschlagen.“

Die Kommunisten hätten eine Barrikade errichtet und mit Stühlen auf die Nationalsozialisten eingeschlagen. Einer der Kommunisten sei mit einem Messer auf ihn eingedrungen und habe ihm das Augenlid durchstoßen. Er habe einen Schlag erhalten, so daß er die Bewußtsein verlor. Der Kommunist Hoffmann sei derjenige gewesen, der mit dem Messer auf ihn eingetochen habe. Der Angeklagte hat einen doppelten Unterleibsbruch davongetragen.

Der Angeklagte Jäger betonte in seinen Aussagen, daß Böning mit einem Stuhl auf ihn zugefallen habe mit der Bemerkung

„Mach, daß rauskommst“. Er habe am Arm Prellungen und blutende Wunden am Kopfe erhalten. Nach dem Schlag mit dem Stuhl sei er einige Augenblicke bewußtlos gewesen. Er habe sich an der Schlägerei nicht beteiligt und habe nur versucht, den gegen ihn ausgeführten Schlag von Böning abzumildern.

Der Angeklagte Lint (Nationalsozialist) erklärt ebenfalls, daß er sich nicht aktiv an der Schlägerei beteiligt habe. Er sei 64 Jahre alt und könne nicht mehr mit Stühlen werfen. Er habe jedoch gesehen, wie Böning gebort und mit Stühlen geworfen habe.

Auch die weiteren Angeklagten Nationalsozialisten Nagel, Werle, Schindler, und Argus machten ähnliche Aussagen. Der Angeklagte Schindler hat gesehen, wie der Kommunist Bauer auf Kiedner eingeschlagen hat. Er sei als einer der letzten aus dem Saal gegangen. Es sei ein Ding der Unmöglichkeit, daß Preuß, einen Schlag außerhalb des Saales erhalten habe. Alle diese Angeklagten behaupteten, daß der Ausruf „Arbeitermörder“ von Seiten der Kommunisten gefallen sei.

Der Angeklagte Siebach gibt zu, ein Holzstück eines Stuhles zurückgeworfen zu haben, während der Angeklagte Worch ausging, sich mit einem Stuhlbein verteidigt zu haben. Der Angeklagte Stöffler hat einen Stuhl auf den Kopf geworfen bekommen und betretet, sich an der Schlägerei beteiligt zu haben, da er schwer verleht worden sei.

Als erster kommunistischer Angeklagter schildert Fritz Winter die Vorgänge im Rathaus und sagt aus: „Als der kleine Nationalsozialist Kramer die Anhänger der großen kommunistischen Partei als „Mördergesinde!“ bezeichnete, verlangte Böning einen Ordnungsruf.“ Das sei der Anfang gewesen. Erst als Böning gebot habe, hätten sie sich verteidigt, „sonst wären wir alle zwei Tage später im Krematorium verbrannt worden.“ Auf Fragen der Verteidiger erklärt der Angeklagte, daß er nicht gesehen habe, daß kommunistische Tribünenbesucher heruntergekommen seien, da gegen seien nationalsozialistische heruntergekommen.

Der nächste Angeklagte Kiedner schildert ausführlich die Vorgänge und behauptet, Böning habe auf den Zwischenruf „Verbrechergesinde!“ nur beim Oberbürgermeisterlich Protest erhoben und sei dort getroffen und verwundet worden. Der Angeklagte, der fortgesetzt zum Zuhörerraum spricht, wird vom Vorsitzenden mehrmals ermahnt, keine Reden wie im Bürgerausschuß zu halten, da er hier lediglich als Angeklagter vernommen werde.

Die sachlichen Angaben werden vom Angeklagten Bauer wiederholt, der schließlich besonders betont, daß gleich zu Anfang der Schlägerei etwa zehn Galeriebesucher unter dem Ruf „Heil Hitler!“ in den Saal eingedrungen seien. Der Ausruf „Arbeitermörder“ sei nicht gefallen.

Die Vernehmung der Angeklagten Kappeler, Hoffmann, Schlimmer und Heinemann gibt keine neuen Gesichtspunkte. Die Angeklagten erklären, sich nur verteidigt zu haben.

Der Angeklagte Stödel sagt aus, daß er von der Galerie heruntergekommen und mit in den Saal hineingedrängt worden sei. Er befreit, den Kronleuchter durch einen Stuhlwurf beschädigt zu haben. Die Angeklagten Harbrecht und Preuß geben zu, ebenfalls von der Galerie heruntergekommen zu sein, des streiten aber, den Saal betreten zu haben.

Damit war die Vernehmung der Angeklagten beendet und es folgte nach einer kurzen Pause

Die Beweisaufnahme.

Als erster Zeuge machte Stadtrat Dr. Franz, der dem Zentrum angehört, folgende Aussagen: Den Ausruf „Arbeitermörder“, der die Schlägerei nach Angabe der Nationalsozialisten in Gang gesetzt haben soll, habe ich nicht gehört, dagegen den Ausruf „Verbrechergesinde!“, der von nationalsoz. Seite lief. Ich glaube, daß Böning zuerst zum Oberbürgermeister, dann erst gegen die Nationalsozialisten sich gewandt hat. Ganz deutlich weiß ich, daß Nationalsozialisten sofort ihr Koppel abknallten und zum Schlag ausholten. Ich habe später erfahren, daß der Stadtverordnete Streit es war, der auf den ankommenden Böning mit dem Koppelschloß eingeschlagen hat. Den Vorgang selbst habe ich bemerkt, ebenso daß Böning erit dann einen Stuhl ergriff. Von welcher Seite zuerst mit Stühlen geworfen worden ist, konnte ich nicht feststellen.

Zeuge Stadtrat Karl Künkel bezeichnet den Zwischenruf des Stadtrats Kramer „Verbrechergesinde!“ als Ausgangspunkt der Schlägerei. Die Kommunisten wollten nach meinem Eindruck nicht zum Oberbürgermeister, sondern sind auf Kramer losgestürzt. Ob Böning zuerst beim Oberbürgermeister war, weiß ich nicht.

Stadtrat Prof. Kehler konnte nicht feststellen, wer zuerst im Handgemenge geschlagen hat. Böning bekam den Schlag mit dem Koppel, während er nach einem Stuhl griff. Weitere Einzelvorgänge konnte der Zeuge nicht mehr feststellen.

Zeuge Haas, der auf der Galerie war, hat die Vorgänge, die zur Schlägerei führten, ähnlich beobachtet. Böning habe bereits eine Wunde gehabt, als er sich nach einem Stuhl bückte. Der Zeuge Knäule hat bei Böning in jenem Augenblick noch keine Verwundung bemerkt.

Um 1/2 Uhr wurde die Beweisaufnahme auf 1/2 Stunde unterbrochen.

Die Beweisaufnahme wird in den späten Nachmittagstunden noch abgeschlossen werden, so daß mit den Plaidoyers des Vertreters der Anklage und der beiden Verteidiger in den frühen Abendstunden zu rechnen ist.

Das Urteil dürfte nicht vor 9 Uhr abends zu erwarten sein.

Die Verhandlung dauert bei Redaktionsluß fort.

Verlängerung von Steuerfristen.

Bis 31. August.

In unserer Nummer 343 vom Sonntag, den 26. Juli, brachten wir eine Meldung der Telegraphen-Union, derzufolge das Reichsfinanzministerium die Fristen für die Abgabe der Vermögenssteuererklärung, für die Anzeigen von Beteiligungen und für die Steueramnestie allgemein bis zum Ablauf des 31. August verlängert seien. Diese Angabe des Telegraphenbüros hat trotz ihrer Herkunft bei Steuerpflichtigen noch Zweifel gelassen, wie aus uns zugegangenen Anfragen hervorgeht. Auch die Finanzämter haben nur ausweichende Auskunft, offenbar, weil ihnen die Fristverlängerung noch nicht amtlich mitgeteilt worden war. Wir haben daher bei den zuständigen Behörden Erkundigungen eingezogen,

und es wird uns dort bestätigt, daß die erwähnte Fristverlängerung den Tatsachen entspricht. Die unter die Amnestieverordnung fallenden Steuerpflichtigen haben also mit der Abgabe ihrer Erklärungen Zeit bis zum 31. August d. J.

Nicht unter die Fristverlängerung fallen dagegen, wie wir schon dieser Tage bemerkten, die Bestimmungen der Notverordnung über die Steuerrückstände und die Verzugs- und Sündungszinsen. Hier ist der 31. Juli der letzte Tag für die zahlungsfreien bzw. nach den alten Sätzen zu behandelnden Zahlungen.

§ Betrug. Zur Anzeige gelangte ein 27 Jahre alter Firmenvertreter, weil er von seiner Firma in verschiedenen Fällen dadurch Geld erschwindelte, daß er Aufträge fingiert hat.

Bullrich-Salz für Bullrich-Brause

